

Leitartikel



Arbeit

Mehr Lust als Last

Von Bernhard Hertlein

Es ist noch nicht einmal zehn Jahre her, da haben sich Hinterbänkler und Verbandsvertreter darin überboten, Vorschläge zu einer Verlängerung der Arbeitszeit zu machen. Beliebte waren Verkürzung der Urlaubszeit und die Streichung von Feiertagen. Zum Beleg für das angebliche Freizeitparadies Deutschland wurden Statistiken vorgelegt, die glauben machen, die Deutschen seien die faulsten Säcke Europas. Es schien, als arbeiteten sie nur noch, um die Pausen zwischen ihren vielen freien Tagen zu füllen.

Managern und Professoren. Sogar viele, die im Biergarten über ihren Job schimpfen, wollen ihn um Himmels willen nicht missen.

Statistiken erfassen nur die Arbeitszeit, die tariflich festgelegt und protokolliert wird. Vielleicht können Umfragen noch herausfinden, ob jemand zu Hause weiter über betriebliche Angelegenheiten nachsinnt, ob er für den Chef auch außerhalb der Arbeitszeit erreichbar ist und ob er Fachliteratur mit in den Urlaub nimmt. Schwer erfassen lässt sich, ob er es freiwillig und gern macht. Klar ist nur, dass Übertreibung, auch wenn sie aus Lust geschieht, oft zum Burnout führt.

Arbeitnehmer haben heute ein anderes Verhältnis zum Arbeitgeber als noch im vergangenen Jahrhundert. Der Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital ist aufgeweicht.

Der Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital ist aufgeweicht.

Die Statistiken haben sich verändert. Aus faulen Säcken sind Workaholics geworden. Geblieben ist nebenbei für Deutschland die Rolle des Buhmanns. Früher wurde der Kanzler gescholten, weil die Lokomotive der europäischen Volkswirtschaften nicht mehr unter Dampf gestanden hat. Heute muss sich die Kanzlerin sagen lassen, dass Nachbarländer durch den Dampf, den deutsche Hersteller erzeugen, nicht mehr bis zur Spitze sehen können.

Abgesehen davon, dass hinter jeder Statistik ein Auftraggeber steht, der mit dem Ergebnis etwas bezweckt, lässt sich speziell das Thema Arbeit kaum noch in einfachen Zahlen zusammenfassen. Der Beruf ist heute weniger denn je nur Mittel um zu leben. Er ist für viele das Leben selbst. In ihr finden sie Anerkennung und soziale Kontakte. Gäbe es die Arbeit nicht, müsste sie erfunden werden. Diese findet man in großer Zahl in allen Arbeitsstufen, unter Gärtnern und Verkäufen genauso wie unter

ein »Wir im Betrieb« geworden. Nicht überall. Aber diese Firmen, in denen die Zusammenarbeit so funktioniert, setzen sich durch.

Beide Seiten sind aufeinander zugegangen: Die Arbeitnehmer anfangs vielleicht aus der berechtigten Furcht, bei einer Insolvenz arbeitslos zu werden und ihre Lebensgrundlage zu verlieren. Die Arbeitgeber, indem sie in der vergangenen Krise ihre Stammbelogschaft – unter Zuhilfenahme von Leiharbeit und Kurzarbeit – bei der Stange hielten. Der demographische Wandel und Facharbeitermangel verstärken den Trend. Sie werden auch dazu führen, dass negative Auswüchse wie Ausbeutung von Praktikanten und Leiharbeitern und extreme Niedriglöhne hoffentlich bald der Vergangenheit angehören.

Kommentare

EZB-Anleihekäufe

Nur Symptome im Blick

Für die hoch verschuldeten Südländer wäre es die Lösung: Die EZB kauft ihnen Anleihen zu einem zuvor gedeckelten Zinssatz ab. Damit wären Spanien, Italien und Co. dem Würgegriff der Finanzmärkte entronnen. Es verwundert nicht, dass EZB-Präsident Mario Draghi offenbar an einer derartigen Strategie feilt: Draghi ist Italiener und wird – kaum überraschend – in seinem Kurs auch von Spanien und Portugal unterstützt. Die reicheren Nordstaaten – allen voran Deutschland – stecken in der Zwickmühle. Einerseits müssen sie die Eurokrise nach fast drei Jahren endlich beenden.

Da täte es gut, den Spekulanten, die gegen den Euro wetten, die Luft aus den Segeln nehmen. Andererseits wäre es aber fatal, wenn die EZB dafür als Bank fungiert, die unbegrenzt Gelder auf den Markt wirft, die Schuldenprobleme quasi mit der Notenpresse löst. Folge: Der Reformdruck auf klamme Südstaaten würde nachlassen und die Inflation steigen. Davon wären auch die Ersparnisse der Bürger betroffen.

Wieder einmal soll an den Symptomen herumgedoktert werden. Die eigentliche Ursache der EU-Krise, die schwache Wirtschaftskraft vieler Länder, bleibt. Edgar F e l s

Breitband-Ausbau via Funktechnik LTE

Hoffnungsträger

Ein schneller Zugang zum Internet ist längst so wichtig wie eine gute Verkehrsanbindung für einen Gewerbebetrieb, die top Lage einer Immobilie oder ein Autobahnnetz für eine ganze Region. Die Funktechnik LTE ist vor allem für die bislang von den Breitbandnetzen abgehängten ländlichen Bereiche in OWL und der ganzen Republik eine große Chance, den Anschluss nicht zu verpassen beziehungsweise endlich wieder auf der Höhe der Zeit zu sein.

wacht. Doch einige Landstriche müssen weiter auf Erlösung warten. Daran ist allen voran das Land NRW nicht schuldlos. Als damals für die Versteigerung der LTE-Funklizenzen die unterversorgten Städte und Gemeinden zusammengetragen wurden, waren die zuständigen Stellen des Landes augenscheinlich nicht im Bilde. So blieben ganze Ortsteile ostwestfälischer Städte außen vor, die von DSL oder UMTS nur träumen können. Sie können jetzt nur hoffen, dass die Netzbetreiber nach dem Erfüllen ihrer Anschlusspflicht nicht nur die Großstädte im Auge haben. Oliver H o r s t

Ihre Meinung ist gefragt! Diskutieren Sie mit unter www.westfalen-blatt.de/debatte

»Über den EU-Kurs müssen die Bürger entscheiden«

Gregor Hackmack, Gründer von Abgeordnetenwatch.de, kämpft für direkte Demokratie

Von Kerstin Eigendorf

Paderborn (WB). Als die Polizei beim Castortransport ausgerechnet in seiner Schule Quartier beziehen will, besetzt er die Turnhalle. Die Polizisten müssen nachgeben. So beginnt Gregor Hackmacks Kampf für Demokratie. Heute schaut der Gründer des Portals Abgeordnetenwatch.de Politikern auf die Finger.

Wer im Wendland groß wird, kennt die Grenzen der Bürgerrechte. Hackmack weiß, wie es sich anfühlt, als Atomkraftgegner von der Polizei weggeschleppt zu werden. »Weil ich als 18-Jähriger bei einer Demo dabei war, saß ich zehn Stunden in Haft«, erzählt er im Interview mit dieser Zeitung. Sein Schulleiter schmeißt ihn kurz vor der Abiturprüfung von der Schule, weil er die Turnhalle besetzt hat. Doch der Rektor hat die Rechnung ohne Hackmack gemacht. Er handelt

»Wir sagen Politikern: Seid authtentisch. Alles andere kommt sowieso raus.«

Gregor Hackmack, Erfinder des Portals Abgeordnetenwatch.de



mit der Bezirksregierung aus, dass sie die Halle friedlich verlassen. Im Gegenzug müssen rausgeschmiesene Schüler wieder aufgenommen werden. Verpasste Klausuren werden nachgeschrieben. »Das ist Demokratie«, sagt Hackmack – nicht ganz ohne Stolz.

Als er das Internetportal Abgeordnetenwatch.de 2004 gründet, will er vor allem eins: Politik transparenter machen und Bürger zum Mitmachen animieren. »Wir nehmen den Menschen die morali-

sche Rechtfertigung des Nichtstuns«, sagt der 35-Jährige. Wenn jemanden etwas stört, kann er nachhaken. Vor- und Nachnamen eingeben, Wohnort sowie Email-Adresse, schon geht's los.

Da wird der NRW-Landtagsabgeordnete Daniel Sieveke (CDU, Paderborn) gefragt, was er gegen das Grundschulsterben in OWL tun will. Bundestagsparlamentarier Klaus Brandner (SPD, Gütersloh) soll erklären, mit wieviel Euro Deutschland aktuell für EU-Krisenstaaten haftet und FDP-Staatssekretärin Gudrun Kopp äußerte sich zum Thema Beschneidung.

Kritik ist ausdrücklich erlaubt. Eine Bürgerin beschwert sich bei EU-Parlamentarier Elmar Brok (CDU, Bielefeld), weil er sich negativ über ein Papier des Ökonomen Hans-Werner Sinn geäußert hat.

Hart an der Grenze zur Beleidigung ist der Satz: »Immerhin haben Sie ein abgebrochenes Jura- und Politikwissenschaftstudium vorzuweisen.« Broks Reaktion ist Beweis genug, wie ernst Politiker das Portal nehmen. »Trotz Ihrer wenig damehaften Bemerkung möchte ich Ihnen antworten«, schreibt Brok und erklärt detailliert seine Sichtweise. Wer sich nicht äußert, gerät schnell ins Kreuzfeuer.

Das bekommt Ex-Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) zu spüren. Immer wieder muss er sich rechtfertigen, warum er keine Frage bei Abgeordnetenwatch beantwortet, wenig Reden im Bun-

destag hält und bei Abstimmungen fehlt, um bezahlte Vorträge zu halten.

Das Portal macht keinen Unterschied zwischen Promi und Hinterbänkler. Floskelmeister sind schnell ertappt – von den Bürgern. Was auf dem Portal steht, bleibt. »Wir wollen das Vertrauen in Politik stärken und schwarze Schafe in die Öffentlichkeit zerren«, sagt Hackmack. In Berlin werde man zwar nicht geliebt, aber respektiert. Schließlich mussten Politiker wegen Daten auf Abgeordnetenwatch bereits zurücktreten und Diätenerhöhungen wurden gecancelt. Gute Politiker haben nichts zu befürchten. »Automatisch wird sichtbar, wem man vertrauen kann und wer ausgetauscht werden sollte.«

Wie viele korrupte Politiker es in Tunesien geben wird, könnte die erste arabische Version von Abgeordnetenwatch zeigen. »Wir wollen helfen, den Demokratieprozess nach dem Arabischen Frühling umzusetzen.« Kein einfacher Weg. Nur 40 Prozent der Tunesier haben Internet. Zum Anfangsprozess gehört auch, dass Abgeordnetenwatch-Mitarbeiter in Tunesien die Fragen ausdrucken und Antworten persönlich bei den Politikern einholen. »Denn die Parlamentarier nutzen selten das Internet«, weiß Hackmack.

Als nächstes soll die Idee Kosovo, Serbien, Südafrika, Marokko und Pakistan erreichen. »Wir arbeiten mit Einheimischen, die bei uns

in Hamburg lernen, wie man das Portal in ihrem Land aufbaut.«

Doch auch im Inland hat Hackmack reichlich zu tun. Abgeordnetenwatch hat vor einer Woche eine Online-Petition gestartet: gegen Abgeordnetenbestechung. »Wir wollen, dass die Regierung die UN-Konvention umsetzt«, fordert der 35-jährige Politikwissenschaftler, der auch im Vorstand des Vereins »Mehr Demokratie« aktiv ist. 10 000 Unterschriften sollen es bis Oktober sein, 8500 sind es schon nach einer Woche.

Das gefällt Hackmack. Es passt zu seinem großen Ziel: Bürgerbeteiligung stärken. »Es braucht mehr Volksentscheide. Auch über den EU-Kurs und den Verbleib im Euro müssen die Bürger entscheiden«, sagt er. Am Ende müsse schließlich der Chef entscheiden. »Und der Chef ist das Volk.«

Abgeordnetenwatch

Auf der Internetplattform Abgeordnetenwatch.de können Bürger ihre Fragen an Abgeordnete des Landtags, Bundestags oder EU-Parlaments stellen. 81 Prozent der Fragen werden beantwortet und 90 Prozent der Politiker machen mit. Außerdem können Bürger herausfinden, wie sich ihr Abgeordneter bei einer Abstimmung – wie über den Rettungsschirm ESM – verhalten hat. Auch Nebeneinkünfte sind aufgelistet. Hinter der Plattform steckt ein gemeinnütziger Verein, dessen Köpfe Gregor Hackmack und Boris Hekele sind. Zum Team mit Sitz in Hamburg gehören vier Vollzeitkräfte, eine Teilzeitkraft sowie 20 freie Mitarbeiter, die Fragen der Bürger kontrollieren. So sollen Beleidigungen oder Lobbyismusversuche ausgeschlossen werden. 2011 besuchten knapp drei Millionen Menschen die Internetplattform.



Gregor Hackmack will mit Abgeordnetenwatch gute Politiker von schwarzen Schafen unterscheidbar machen. Darüber sprach er im Paderborner Heinz-Nixdorf-Museumsforum vor Experten des internationalen Programms »Bucerius Summer School«. Foto: Jörn Hannemann

Obama droht Syrien mit Militärschlag

US-Präsident warnt vor Einsatz von Chemiewaffen im Bürgerkrieg – Nachbarstaaten leiden

Damaskus (dpa/dapd). Die USA schließen einen Militäreinsatz im Syrien-Konflikt nicht mehr aus. US-Präsident Barack Obama drohte gestern in Washington mit einer möglichen Militäraktion, sollte es in dem Bürgerkrieg zum Einsatz von biologischen oder chemischen Waffen kommen.

Angaben von Aktivisten mehr als 20 000 Menschen getötet. Die Kämpfe machten auch vor den Feierlichkeiten zum Ende des Fastenmonats Ramadan nicht Halt. Syrische Regierungstruppen nahmen gestern nach Angaben von Aktivisten die Städte Aleppo und Daraa sowie einen Vorort von Damaskus unter Beschuss und töteten dabei bis zu 30 Menschen. Jordanien kritisierte derweil einen syrischen Raketenangriff auf sein Territorium scharf. Vier Raketen aus Syrien waren im jordanischen Grenzort Turra eingeschlagen. Bei dem Beschuss wurde nach Regierungsangaben ein vierjähriges Mädchen verletzt. Die Türkei forderte eine Schutzzone für Flüchtlinge auf der syrischen Seite der Grenze. Die Türkei hat mehr als

70 000 Menschen aus dem Bürgerkriegsland aufgenommen. Die türkischen Lager könnten nicht mehr als 100 000 Flüchtlinge aufnehmen, hieß es. Die Vereinten Nationen könnten Lager auf syrischer Seite der Grenze errichten. Frankreichs Präsident François Hollande empfing gestern in Paris den neuen UN-Syrienvermittler Lakhdar Brahimi. Es war das erste Treffen Brahimis mit einem Staatschef einer der fünf UN-Veto-Mächte. Hollande betonte, es werde keine politische Lösung geben ohne ein Ende von Syriens Machthaber Baschar al-Assad. Der 78-jährige Diplomat Brahimi betonte, Einigkeit im UN-Sicherheitsrat sei entscheidend für den Erfolg seiner Mission. Dort blockieren die Vetomächte Russland und China seit Mona-

ten ein schärferes Vorgehen gegen den syrischen Präsidenten Baschar al-Assad.

Unterdessen sorgt der mögliche Einsatz eines deutschen Aufklärungsschiffes und des Bundesnachrichtendienstes (BND) im Zusammenhang mit dem Syrien-Konflikt weiter für Wirbel. Grüne und Linke forderten gestern von der Bundesregierung Aufklärung. Die »Bild am Sonntag« hatte am Wochenende berichtet, dass das im Mittelmeer stationierte Flottendienstboot »Oker« und BND-Agenten von der Türkei aus Informationen über den Syrien-Konflikt sammeln würden. Die »Oker« lief gestern Morgen aus dem sardischen Hafen Cagliari aus und nahm Kurs Richtung Südosten – also auch in Richtung Syrien.

Papst Benedikt XVI. hält ungeachtet der Syrien-Krise an Plänen für seine Reise in den Libanon im September fest. Es gebe beim Heiligen Stuhl »keine Unsicherheiten«, machte Vatikan-Sprecher Federico Lombardi deutlich.



UN-Syrienvermittler Lakhdar Brahimi